



Liebe Freunde,

die ernste Lage der FDP in Bund und Land ist jedem Mitglied bewusst. Mit Ihrer Entscheidung, Mitte Januar eine Klausurtagung für alle Mitglieder durchzuführen, haben Sie auf dem letzten Kreisparteitag ein Forum geschaffen, auf dem wir dieses Thema ausführlich besprechen können. In einem separaten Brief, werde ich Sie dazu einladen. Darin will ich Ihnen auch meine Positionen zu allen parteiinternen Fragen darlegen. Dafür ist der Info-HAPPen nicht der richtige Ort.

Hier ist es mir wichtig, darzustellen, dass und wie wir Liberalen in Regierungsverantwortung im Fachbereich Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz inhaltlich arbeiten. Ich hoffe auf Ihr Interesse.

Mir bleibt, Ihnen eine schöne Adventszeit, friedliche und frohe Feiertage und einen guten Start in ein gesundes, glückliches und erfolgreiches Jahr 2012 zu wünschen!

Ich grüße Sie herzlich

Christel Happach-Kasan

Info-HAPPen

Dr. Christel Happach-Kasan
Ausgabe Winter 2011



www.happach-kasan.de

Schulverpflegung: Eltern und Schulen in der Pflicht

Zu viele Schülerinnen und Schüler kommen ohne Frühstück in die Schule. Fast jeder dritte Schüler, jede dritte Schülerin sitzt nach einer Studie der Deutschen Angestellten Krankenkasse (DAK) mit leerem Magen im Unterricht. Dadurch wird das Konzentrationsvermögen gemindert und das Lernen kann keinen Spaß mehr machen. Es ist natürlich Aufgabe der Eltern, Kinder mit einem ordentlichen Frühstück zu versorgen. Aber was ist, wenn sie es nicht tun? In den Grundschulen haben deshalb viele Lehrerinnen und Lehrer ein gemeinsames Frühstück eingeführt.

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages hat in seiner letzten Sitzung die Schulverpflegung zum Thema gemacht. Mit der weiteren Einführung der Ganztagschule wird die Schulverpflegung ein Thema. Die Anhörung hat gezeigt, wie wichtig gesunde Ernährung für gute Schulleistungen ist. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie brauchen eine auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Ernährung.

Der Bund hat jedoch wenig Möglichkeiten, auf die Gestaltung der Schulverpflegung Einfluss zu nehmen. Länder und Eltern sind gefragt. Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung hat mit ihren Richtlinien zur Schulverpflegung Kriterien für die eine gute Schulverpflegung veröffentlicht. Etwa ein Drittel der Schulmensen richten sich danach. Grundlagen der Ernährung sind schon jetzt in den Lehrplänen verankert. Wünschenswert wäre mit einem ganzheitlichen Ansatz, das Thema in mehreren Fächern zu berücksichtigen.

In dieser Ausgabe:

Schulverpflegung	1
Verbraucherschutz	
Rätselhafte Rinderkrankheit in Norddeutschland	2
Verbot von Käfighaltung	
Nutzen von Pflanzenschutz	3
Kormoranmanagement	4

*Ein schönes Weihnachtsfest
und ein gutes Neues Jahr*



Besserer Verbraucherschutz braucht Leistungsvergleiche

Sicher erinnern Sie sich an die erhöhten Dioxin-Werte in Futtermitteln von Anfang des Jahres. Grund war kriminelles Handeln des Futtermittelherstellers. Der Bundesrechnungshof hat nun eine Untersuchung zu Organisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes vorgestellt. Dabei hat er gravierende Defizite festgestellt. Hier muss nun nachgebessert werden.

Es gibt etwa 400 amtliche Stellen, die die Einhaltung der lebens- und futtermittelrechtlichen Vorschriften überwachen. Für diese Überwachungstätigkeit gibt es keine länderübergreifenden Leistungsvergleiche, kein bundesweit konsistentes Qualitätsmanagement.

Als Liberale sind wir der Meinung, dass wir solche Leistungsvergleiche brauchen, um innovative Lösungen zu finden. Derzeit wissen wir noch nicht einmal, welches Bundesland gut aufgestellt ist und als Vorbild dienen könnte. Jeder Schüler durchläuft bundesweite Leistungstests, die Länder verweigern solche Leistungsvergleiche für ihr behördliches Handeln. Das ist nicht zeitgemäß.

Die Dioxinfunde sind durch Eigenkontrollen von Unternehmen aufgedeckt worden, was deren Bedeutung unterstreicht. Die FDP sieht wie der Bundesrechnungshof die Einrichtung eines nationalen Krisenstabes beim Bund mit umfassenden Rechten als wesentliche Konsequenz der EHEC-Krise an. Die Bewältigung dieser Krise ist gelungen, weil Bund und Länder auch ohne rechtliche Grundlage zügig die erforderlichen Maßnahmen in die Wege geleitet hatten.

Trotz der umfangreichen Mängelliste des Bundesrechnungshofes bei der Organisation des gesundheitlichen Verbraucherschutzes, der insbesondere bei den Ländern Handlungsbedarf sieht, darf nicht übersehen werden, dass die Lebensmittelsicherheit in Deutschland sehr hoch ist. Die Unternehmen haben die Primärverantwortung für sichere Lebensmittel und nehmen diese wahr.

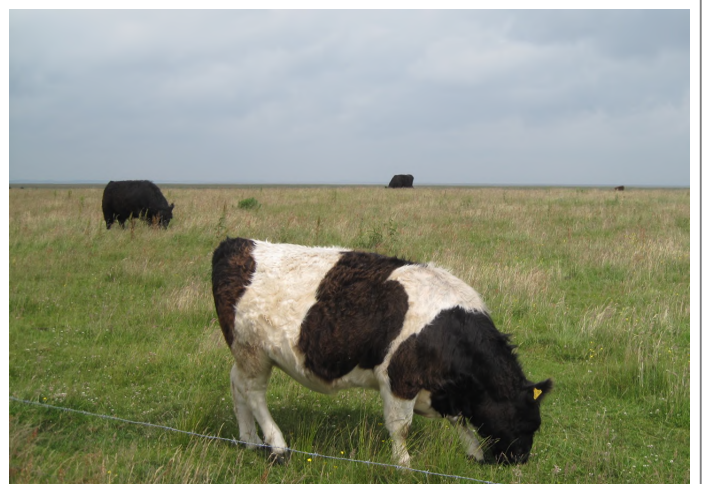
Rätselhafte Rinderkrankheit erforschen

Die Meldungen aus den Milchviehregionen im Norden Deutschlands über schwere Rindererkrankungen geben nach wie vor Anlass zur Sorge. Das Phänomen wird oft unter dem Stichwort „Botulismus“ besprochen. Die Ursachen der rätselhaften und mit unterschiedlichsten Symptomen auftretenden Krankheit liegen allerdings im Dunkeln. Das Problem: Es gibt viele Vermutungen, aber keine der kursierenden Hypothesen konnte bisher wissenschaftlich bestätigt werden. Es ist nicht sicher festgestellt, welche Rolle Clostridien und deren Gifte bei dem Krankheitsgeschehen spielen.

Weder eine intensive Rinderhaltung konnte bisher als Krankheitsursache nachgewiesen, noch ein Zusammenhang mit der Verbringung von Gärabfällen von Biogasanlagen hergestellt werden. Letzteres wurde erst in diesen Tagen erneut durch eine Studie der Tierärztlichen Hochschule Hannover bestätigt. Es ist auffällig, dass hauptsächlich Betriebe in Nordwestdeutschland betroffen sind, während große Betriebe in anderen Regionen oder Betriebe mit einer ähnlich hohen Tierdichte wie beispielsweise in Südbayern unauffällig sind.

Wir Liberalen unterstützen die von der Bundesregierung geplante Vergleichsstudie. Forschung ist notwendig. Alle denkbaren Ursachen, von der Futtermittelqualität über das Hygienemanagement in den Be-

trieben bis zu diversen Krankheitserregern, müssen in einer gründlichen wissenschaftlichen Untersuchung systematisch überprüft werden. Es darf sich dabei nicht wiederholen, dass Forschungsgelder in Millionenhöhe aufgewendet werden, ohne dass greifbare Ergebnisse erzielt werden, wie dies in der letzten Legislaturperiode im Rahmen des Förderschwerpunktes "Zoonosen" - mit einem Volumen von 2,4 Millionen Euro - geschehen ist. Es ist Aufgabe der Ressortforschung, und ihre wesentliche Existenzberechtigung, die Bundesregierung wissenschaftlich zu beraten. Es ist überfällig, dass sie sich mit diesem für landwirtschaftliche Betriebe existentiellen Problem beschäftigt, die Ursachen erforscht und Lösungsvorschläge erarbeitet.



EU-weites Verbot konventioneller Käfighaltung wird durchgesetzt



Gerade vor Weihnachten steigt der Eiverbrauch. Es ist Backzeit. Bei Eiern aus Deutschland können sich die Plätzchenbäcker sicher sein, dass die Legehennen ausreichend Platz hatten, um zu scharren und sich zu bewegen. Ab dem 1. Januar 2012, also in wenigen Wochen, ist die Käfighaltung von Legehennen in allen EU-Ländern verboten. Bei uns gilt dieses Verbot bereit seit zwei Jahren. Elf EU-Länder allerdings waren noch untätig. Das schadet nicht nur den Tieren, sondern ist auch ein Ärgernis für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Rechtlich dürfen die Eier aus diesen säumigen Ländern bei uns zwar nicht verkauft werden. Das betrifft neben den Eiern auch ihre Verarbeitung in Produkten wie etwa Nudeln oder Kuchen. Aber kontrollieren lässt sich das nur schwer.

Die Bundesregierung hat deshalb in Brüssel auf die Umsetzung der EU-Regelung gedrungen. Auch aus Sicht der Liberalen darf es keine weiteren Verzögerungen geben. Die vorgeschlagenen Übergangsfristen für die Nachzügler sind zu Recht verworfen worden. Die Länder hatten für die Umstellung mehrere Jahre lang Zeit. Die Legehennen-Richtlinie geht auf einen Beschluss aus dem Jahr 1999 zurück!

Neben mangelndem Tierschutz bedeutet die Nicht-Umsetzung auch eine Benachteiligung der deutschen Betriebe im Wettbewerb mit ihren Konkurrenten aus anderen EU-Ländern. Wenn andere die Kosten für die Umstellung sparen und so ihre Eier billiger anbieten können, dürfen sie jetzt nicht noch mit Übergangsfristen belohnt werden. Die Kommission wird entsprechend Vertragsverletzungsverfahren gegen Staaten einleiten, wenn diese die Käfighaltung von Legehennen nicht innerhalb der nächsten Wochen beenden. Darüber hinaus wird sich die FDP-Bundestagsfraktion für ein vollständiges Importverbot für diese illegal produzierten Eier und ihre Verarbeitungsprodukte einsetzen.

Der Nutzen von Pflanzenschutz



Verschimmelte Erdbeeren, schorfige Äpfel sind keine Verkaufsschlager. Ein guter Pflanzenschutz entspricht nicht nur dem Wunsch des Erzeugers nach guten Erträgen, sondern auch dem Wunsch des Verbrauchers nach Frische und Qualität. Die Studie „Der gesamtgesellschaftliche Nutzen von Pflanzenschutz in Deutschland“ von Wissenschaftlern der Humboldt-Universität zu Berlin mit Unterstützung des Industrieverbands Agrar e.V. (IVA) zeigt, wie wichtig moderner Pflanzenschutz ist.

Ohne den Einsatz von Fungiziden entstände danach in Deutschland ein Wohlfahrtsverlust von jährlich 870 Millionen Euro. Allein im Kartoffelanbau würde der Verzicht auf die Nutzung von Fungiziden Ernteauffälle verursachen, die dem jährlichen Kartoffelkonsum von 60 Millionen Menschen entsprechen. Diese Wohlfahrtsverluste drücken sich nicht nur in Ertragsverlusten aus. Wenn auf Pflanzenschutz ver-

zichtet wird, steigt auch die Belastung von Lebens- und Futtermitteln mit extrem gesundheitsschädlichen Pilzgiften. Rückstände von Pflanzenschutzmitteln in der Nahrung hingegen gibt es so gut wie nicht. Dies zeigt das jährlich durchgeführte Lebensmittelmonitoring der Bundesregierung

Es gilt auch, nicht schwarz-weiß zu malen nach dem Motto: Chemie ist schlecht und Bio-Methoden sind gut. Chemische Fungizide können nicht durch Kupferhydroxid, wie oft im Bio-Landbau verwendet, ersetzt werden. Eine Studie des Umweltbundesamtes hat deren negative Auswirkungen auf die Bodenflora insbesondere bei der Nutzung von Kupfer in Dauerkulturen eindrucksvoll belegt.

Die moderne Landwirtschaft hat für Deutschland große Bedeutung. Es gilt, ihre Leistungen anzuerkennen, statt veraltete Anbau-Methoden nostalgisch zu romantisieren. Gleichzeitig bleibt es eine stete Herausforderung, Methoden des Pflanzenschutzes zu verbessern, seine Auswirkungen auf Nichtzielorganismen zu minimieren. Der Verlust an Biodiversität in der agrarischen Kulturlandschaft ist nach wie vor besorgniserregend. Die Schädigung von Bienenvölkern muss durch einen sachgerechten Umgang mit Pflanzenschutzmitteln verhindert werden.

Kormoran-Management ist zum Schutz anderer Arten nötig

Das Thema Kormoran bewegt viele Menschen: Angler, Fischer und Naturfreunde. Der Schutz des Kormorans ist eine Erfolgsgeschichte des Naturschutzes: Von weniger als 1000 Brutpaaren in Deutschland vor 30 Jahren sind wir inzwischen bei über 20.000 Paaren angelangt, allein seit 1990 haben sich die Bestände vervierfacht. Jetzt ist es dringend erforderlich, vom Schutz zum Management überzugehen, damit heimische Fischarten vom Fraßdruck entlastet werden.

Auf unseren Antrag hin hat der Bundestag sich für ein nationales und europäisches Kormoranmanagement ausgesprochen. Damit haben wir den Fischartenschutz einen großen Schritt voran gebracht. Der Kormoran ist mittlerweile so dominant, dass er das biologische Gleichgewicht auch bei uns im Norden gefährdet. Er ist heute in vielen Regionen heimisch, in denen er früher nur seltener Gast war.

Die Bundesregierung ist nun beauftragt für ein Kormoran-Management einzutreten. Als Autorin des Antrages erwarte ich, dass regulierende Eingriffe bedrohte einheimischer Fischarten schützt, auch in den Lauenburgischen Seen und in der regionalen Teichwirtschaft. In der Vergangenheit hatte es in der Region zunehmend Konflikte aufgrund hoher Fraßschäden in den Gewässern des Kreises gegeben.

Der erfolgreiche Schutz des Kormorans darf nicht zu einer Gefährdung anderer Tierarten führen. So wie in Naturschutzgebieten bestandsregulierende Maßnahmen beim Fuchs möglich sind, um Vögel zu schützen, muss auch die Vielfalt der heimischen Fischfauna durch eine nachhaltige Bestandsregulierung des Kormorans geschützt werden können.

Um die Bestände nicht weiter anwachsen zu lassen ist der Griff zur Flinte unnötig. Gelege-Manipulation und die Beseitigung von Nistplätzen sind anerkannte und in der Vogelschutzrichtlinie zugelassene Methoden, um den Nachwuchs zu begrenzen.

Informationen aus Berlin von
Dr. Christel Happach-Kasan MdB
(V.i.S.d.P.)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: (030) 227-70205
Telefax: (030) 227-76113
E-Mail: christel.happach-kasan@bundestag.de
Internet: www.happach-kasan.de

Einladung zum Dreikönigstreffen

Liebe Mitglieder der FDP im
Bundestagswahlkreis 10,
herzlich möchte ich Sie auch auf diesem
Weg zu meinem

**Dreikönigstreffen
am Donnerstag, den 06.01.2012
um 18.30 Uhr
im Fredenkrug in Fredeburg**

einladen.

Ich freue mich, Sie dort zu sehen.
Besonders in diesen schwierigen Zeiten
müssen wir im Gespräch bleiben.

Ihre



Ich habe Interesse an weiteren Informationen zu folgenden Themen:

(Bitte schicken Sie uns ein Fax an 030/227-76113 oder eine E-Mail an christel.happach-kasan@bundestag.de)

- Studie „Der gesamtgesellschaftliche Nutzen von Pflanzenschutz in Deutschland“
- Waldstrategie 2020
- ESM

Name:

E-Mail:

Anschrift: